

Aufruf: Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist!

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Personen, rufen die Parteien auf, sich in ihren Wahlprogrammen für eine Gesellschaft einzusetzen, der jedes Kind gleich viel wert ist.

Wir fordern eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für jedes Kind und jeden Jugendlichen.

Es ist ungerecht, wenn Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen für ihre Kinder mit ihrem Kindersteuerfreibetrag eine höhere Unterstützung erhalten, als Bezieherinnen und Bezieher normaler und niedriger Einkommen. Auf Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV Angewiesene erhalten faktisch gar kein Kindergeld, denn es wird mit den Regelleistungen verrechnet. Auch der bürokratische Kindergeldzuschlag erreicht sehr viele Familien mit Kindern nicht.

Wir fordern: Eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen muss mindestens den grundlegenden finanziellen Bedarf für die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen absichern. Sie soll alle bisherigen kindbezogenen Geldleistungen bzw. steuerlichen Vergünstigungen bündeln.

Mit einer einheitlichen und eigenständigen Geldleistung würden

- erstens die bisherigen unterschiedlich hohen Förderungen im Kindergeld- und Kinderfreibetragssystem überwunden,
- zweitens viele Kinder und Jugendliche aus dem diskriminierenden und stigmatisierenden Bezug der Grundsicherungsleistungen herausgeholt werden.
- drittens das bürokratische Nebeneinander der bestehenden Systeme beseitigt.

Wir meinen: Es gibt kein besseres Mittel, Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen wirksam zu bekämpfen.

Eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist, ermöglicht auch jedem Kind und jedem Jugendlichen den ungehinderten Zugang zu qualitativ hochwertigen Angebo-

ten an Kultur, Bildung und sozialen Dienstleistungen. Der Ausbau dieser Angebote ist dringend notwendig. Außerdem müssen Ansprüche auf Sonderbedarfe der Kinder und Jugendlichen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Rahmenbedingungen dafür gestaltet.

Berlin, den 31. Mai 2016

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V.
Armutnetzwerk e.V.
Armut und Gesundheit e.V.
Attac Deutschland
Bund der Deutschen Katholischen Jugend e.V. (BDKJ)
Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen
– Gegen Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung (BAG-PLESA) e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Bundesverband Deutsche Tafel e.V.
Christliche Arbeiterjugend Deutschland e.V. (CAJ)
Deutsches Kinderhilfswerk
Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.
Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband e.V.
Diakonie Hessen - Diakonisches Werk in Hessen
und Nassau und Kurhessen-Waldeck e.V.
Diakonie Mitteldeutschland - Diakonisches Werk
Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e.V.
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern (eaf Bayern)
EFAS – Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.
Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V.,
Fachverband für psychologische Beratung und Supervision (EKFuL)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB)
Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg
Landesarmutskonferenz Berlin
Landesarmutskonferenz Brandenburg
Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern
Saarländische Armutskonferenz
SKM – Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland
– Bundesverband e.V.
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.
Zukunftsforum Familie e.V.

Prof. Dr. Sabine Andresen, Goethe Universität Frankfurt am Main
Ronald Blaschke, Berlin
Matthias Blöcher, KAB
Prof. Dr. Christian Brütt, Hochschule Darmstadt

Michael David, stellv. Sprecher der Nationalen Armutskonferenz
Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. Roland Eisen, München
Prof. Dr. Bernhard Emunds, Oswald von Nell-Breuning-Institut, Frankfurt (Main)
Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Oswald von Nell-Breuning-Institut
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Evangelische FH RWL/ Justus Liebig Universität Gießen
Nikolaus Schneider, ehemaliger EKD-Ratsvorsitzender
Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München
Werena Rosenke, stellv. Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (nak)
Prof. em. Dr. Franz Segbers, Sozialethik, Universität Marburg
Johannes Spenn, Halle (Saale)
Robert Trettin, stellv. Sprecher der Nationalen Armutskonferenz
Dr. Thomas Wagner, Katholische Akademie Rabanus Maurus, Frankfurt
Prof. Dr. Gabriele Winker, TU Hamburg-Harburg, Feministisches Institut Hamburg